DIE SCHULFRAGE UND DAS TOLERANZPATENT: DIE POLITISCHEN HALTUNGEN DER LUTHERISCHEN PROTESTANTEN IN UNGARN

Von Eva Kowalská

Der Erlaß des Toleranzpatents bildete für die Protestanten in den meisten Gebieten der habsburgischen Monarchie den Anfang einer Erneuerung des Lebens in den Kirchengemeinden. Den Aufbau kirchlicher Organisationsstrukturen begleitete eine unverhohlene Begeisterung über die Möglichkeiten, die das Patent garantierte. Positive Reaktionen kamen auch aus den Kreisen der Aufklärer im Ausland, die den Erlaß des Toleranzpatents als Verwirklichung eines ihrer Ideale betrachteten – der Gleichheit aller Konfessionen. In Ungarn und Siebenbürgen, wo es den Protestanten gelungen war, sich zumindest ein gewisses Maß an kirchlichen Rechten und Autonomie zu bewahren, wurde das Patent paradoxerweise auch zur Quelle politischer Spannungen und Kontroversen. Die offene Opposition der Mehrheit der Repräsentanten von katholischer Kirche und der politischen Selbstverwaltung gegen das Patent wurde als natürlich und kaum überraschend empfunden. Die Protestanten waren jedoch in eine eigenartige Lage geraten: Einerseits empfanden sie Genugtuung angesichts der Beendigung einer jahrzehntelang andauernden Unterdrückung ihrer Rechte und Dankbarkeit gegenüber Staat und Herrscherhaus für die Erleichterungen im kirchlichen und bürgerlichen Leben. Andererseits gerieten sie jedoch in einen direkten Konflikt mit den Repräsentanten des der Aufklärung verpflichteten Staates, die die Zentralisierung des geistlichen Lebens als Voraussetzung für die staatliche Modernisierung betrachteten. Die Bestimmungen des Toleranzpatents für Ungarn hatten nämlich nicht nur durch einen gewissen *modus vivendi* Erleichterungen für das kirchliche Leben von Nichtkatholiken zur Folge, sondern auch den Beginn einer Etappe staatlicher Einmischung in jene Lebensbereiche, zu denen zwar nicht direkt Stellung bezogen wurde, in denen sich die Protestanten aber berechtigt fühlten, gemäß eigenen Vorstellungen zu handeln. Einer dieser Bereiche war vor allem das Schulwesen, dessen Autonomie für die Protestanten auch während der Reformen der achtziger Jahre ein Symbol der Unabhängigkeit darstellte.

Der Erlaß der Toleranzpatents fand die Protestanten nicht unvorbereitet. Galt während der Herrschaft Maria Theresias noch das Verbot, sich wegen der Verletzung geltender Gesetze der Religionsausübung mit gemeinsam verfaßten Beschwerden an den Regenten zu wenden¹, so entspannte sich die Situation während der siebziger Jahre wieder. In dieser Zeit praktizierte die Regentin bereits eine gemäßigttere Politik gegenüber den Nichtkatholiken in Ungarn, ermöglichte gar den Wiederaufbau bzw.

¹ Die Anordnung vom 18. 11. 1749 erneuerte die Geltung des Gesetzes Nr. 30 von 1715.

den Neubau von Kirchen und versprach die Ermöglichung höherer Studien an einigen Schulen². Wahrscheinlich angesichts der steigenden Unzufriedenheit mit dem Vorgehen gegenüber den Nichtkatholiken in der Monarchie und unter dem Einfluß ihrer unmittelbaren Umgebung entschied Maria Theresia, den ungarischen Nichtkatholiken einen größeren Spielraum für die offene Artikulation ihrer Standpunkte einzuräumen. Im Mai 1773 stimmte sie zunächst einer Petitionsvorlage zu, die Beschwerden der Calvinisten enthielt; einige Monate später, im Oktober, erlaubte sie auch den Lutheranern, ihre Position öffentlich zu vertreten³. Die gewählten Delegierten der evangelisch-lutherischen und der reformierten Kirche konnten ihre in der Form des *Libellus supplex* zusammengestellten Einwände am 6. März 1774 bei einer Privataudienz der Regentin jedoch lediglich als persönliche Beschwerde der Superintendenten ihrer Kirchen vorbringen. Deshalb bemühten sie sich darum, die Unterstützung des zu diesem Zeitpunkt bereits mitregierenden Josef II. zu gewinnen⁴, der für seine deutlich liberalere Haltung gegenüber den Nichtkatholiken bekannt war. Josef II. erfuhr auf diese Weise „aus erster Hand“ von den Problemen der ungarischen Protestanten im bürgerlichen Leben (die Bindung der Verleihung bürgerlicher Rechte an unakzeptable Eidformen), über die rechtliche Unsicherheit beider evangelischer Kirchen und über die Folgen der Einschränkungen der Lehrfreiheit (neben der Schließung oder der Degradierung von Schulen⁵ war auch das Studium im Ausland erschwert). Die geschickte Argumentation der Protestanten zielte auf die Überzeugung Josefs II. von der Notwendigkeit staatlicher Integrität ab: Man deutete an, daß junge nichtkatholische Bürger eher von einer Eheschließung absahen, auf ihre bürgerlichen Rechte und die Ausübung eines Handwerks verzichteten und letztlich sogar ins Ausland flüchteten und sich für den Dienst in fremden Armeen anwerben ließen, nur um nicht gegen ihr Gewissen handeln zu müssen⁶.

² Über den Bau und die Rekonstruktion der Kirchen in Preßburg Schrödl, Joseph/Pfeifer, Johann: Geschichte der evangelischen Kirchengemeinde A. B. zu Pozsony-Preßburg. I. Der äußere Entwicklungsgang der Gemeinde. Pozsony 1906, 350–367.

³ In Wien engagierten sich vor allem General Nicolaus Beleznay und der Angehörige der ungarischen Garde, György Besseneyi, in dieser Angelegenheit. *Diarium Deputationis Anno 1774 ex parte A. C. addictorum ad Suam Majestatem ablegatae*. Országos Evangélikus levéltár (OEL), Archivum generalis ecclesiae (AGE), I e 10, N^o. 21, fol. 428–429. Über Besseneyi Kossáry, Domokos: Művelődés a XVIII. századi Magyarországon [Kultur im 18. Jahrhundert in Ungarn]. Budapest 1980, 387, 426–427.

⁴ Beales, Derek: Joesph II. 1. In the Shadow of Maria Theresa 1741–1780. Cambridge 1987, 466–471. – O'Brien, Charles: Ideas of Religious Toleration at the Time of Joseph II.: A Study of the Enlightenment among Catholics in Austria. Transactions of the American Philosphical Society. Vol. 59, Part 7. Philadelphia 1969, 18–21. Zum Verlauf der Audienz *Diarium*, fol. 430–438.

⁵ Die Degradierung höherer lateinischer Gymnasien zu niedrigeren, den sog. grammatischen, betraf Schulen mit einer überregionalen Bedeutung in Banská Bystrica (Neusohl), Banská Štiavnica (Schemnitz), Ožďany, Rimavská Sobota (Groß Steffelsdorf), Szatmári, Csegléd, Győr, Komárno (Komorn), Papa, Tata und Veszprém. *Instantia Helv. conf. addictorum Suae Matti. 1773 introporrecta*. Staatliches Gebietsarchiv Levoča, Archiv der Familie Horváth-Stansith, 67/E, Instantiarum in neg. religionis.

⁶ Unt(erthänigste) *Pro Memoria*, ebenda.

Die Unterbreitung und die Annahme der Petition war der erste Schritt zur Verminderung der Spannungen zwischen den ungarischen Protestanten und dem Wiener Hof. Jedoch beendete die Veröffentlichung von *Ratio educationis* (1776/77), des Grundsatzdokuments über die Schulreform in Ungarn, diese Entwicklung. *Ratio educationis* setzte sich programmatisch für die Beseitigung der Unterschiede zwischen dem katholischen und dem protestantischen Schulwesen ein. Dabei wurde mit der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung eines einheitlichen Unterrichtswesens und dem staatlichen Interesse an einer Überordnung des Staatsbürgerprinzips über alle konfessionellen (und anderen) Unterschiede argumentiert⁷. Das verriet einerseits die aufklärerische Herkunft der Verfasser, stellte aber andererseits eine reelle Bedrohung für die Unabhängigkeit des protestantischen Schulwesens dar. Die darauf folgenden, aus der *Ratio educationis* erwachsenden Anordnungen sollten nämlich eine – wenn auch nur allgemeine – Kontrolle des protestantischen Schulwesens mittels staatlich eingesetzter Schulbezirksleiter und Inspektoren für Volksschulen gewährleisten⁸. Sofern es dabei namentlich um Personen aus den Reihen des höheren katholischen Klerus ging – und in solchen Fällen kam es ständig zu Verletzungen sogar des minimalen Ausmaßes an Toleranz, die die ungarische Gesetzgebung zuvor garantierte –, bedeutete die Situation für die Protestanten eine direkte Einschränkung ihrer schulischen und kirchlichen Autonomie.

Die Reaktion der Nichtkatholiken auf das Bemühen, die staatliche Kontrolle des Schulwesens einzuführen, erfolgte unmittelbar nach dem ersten Versuch des Leiters des Preßburger Schulbezirks, Zugang zu den evangelischen Gymnasien in Modra und Preßburg zu bekommen, wo er sich gegen Ende des Jahres 1776 zu Schulvisitationen aufhielt. Er forderte, daß sie vor allem die philosophische Ausbildung, die ausschließlich an königlichen Akademien gelehrt werden sollte, begrenzen und ihre Schulen gemäß den Vorschriften leiten sollten, die für katholische Gymnasien galten⁹. Die Konvente beider Städte wandten sich mit der Bitte um Hilfe an den Generalinspektor der evangelisch-lutherischen Kirche, Baron Peter Zay, und warnten ihn, daß es buchstäblich um die Vernichtung des evangelischen Schulwesens ging. Sie weigerten sich, ihre Delegierten zur vorgeschlagenen direkten Beratung mit der Leitung des Schulbezirks zu entsenden und rieten Zay, auch unter Verweis auf die internationale politische Situation, zu einem anderen Vorgehen: Sie schlugen vor, eine gemeinsame Petition auszuarbeiten und sich erneut an den Hof in Wien zu wenden¹⁰.

⁷ Vyvíjalová, Mária: Osvietenský program Adama Františka Kollára [Das Aufklärungsprogramm A. F. Kollárs]. Literárnomúzejný letopis 16 (1982) 75.

⁸ „Aber das Wohl des Staates [...] erfordert unbedingt, daß hier in verschiedenen Schulen derselbe Unterrichtsstoff gelehrt wird, daß hier dieselbe Norm gehalten wird, die gleiche Art der Verwaltung, dieselbe sittliche Disziplin, die überall im ganzen Königreich Geltung hat [...] Die Schul- und Verwaltungsleiter dieser Schulen sollten der königlichen Leitung in ihrem Schulbezirk unterworfen werden [...]“ *Ratio educationis totiusque rei literariae per Regnum Hungariae et Provincias eidem adnexas. Vindobonae 1777*. Die slowakische Ausgabe hrsg. v. Mária Novácká und Ján Mikleš. Bratislava 1987, 77.

⁹ Zuschriften F. Balassas an die Direktoren der Gymnasien vom 30. 12. 1776, 5. 3. 1777 und 23. 1. 1778. Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 585/14, 169/3 und OEL, AG, I a 23, N^o. 13.

¹⁰ OEL, AG I a 23, N^o. 17, Brief an Peter Zay vom 11. 5. 1778.

Die Folge dieser Initiative war eine Beratung der lutherischen Protestanten am 29. Mai 1778, während der unter der redaktionellen Leitung František Radvanskýs mit der Ausarbeitung des umfangreichen Dokuments *Considerationes quoad Rationem educationis* begonnen wurde. Der Regentin wurden durch Jan Droszdk und Samuel Nagy, die die Protestanten bei Hofe vertraten, zwei kürzere Petitionen vorgelegt (1777 und 1780), in denen sowohl das Prinzip der staatlichen Aufsicht über das Schulwesen als auch einheitliche Lehrinhalte und Lehrmethoden abgelehnt wurden. In den Petitionen wurde jeder Versuch, gleich mit welchen Mitteln, den Inhalt der Ausbildung an evangelischen Schulen durch die Angleichung von Lehrplänen oder durch die Einführung einheitlicher Lehrbücher zu beeinflussen, als widerrechtliche Verletzung der kirchlichen Autonomie bezeichnet. Andererseits wurde darin die Notwendigkeit anerkannt, breiteren Bevölkerungsschichten eine Grundausbildung zugänglich zu machen. Einige Formulierungen deuteten schließlich sogar die Möglichkeit an, für die Dauer der Reformen des Elementarbildungswesens staatliche Ansprüche als Bedingung des Erhalts der autonomen Schulverwaltung zu akzeptieren¹¹.

Die Protestanten hatten freilich keine akute Bedrohung ihres Schulwesens zu befürchten: *Ratio educationis* galt aufgrund organisatorischer und finanzieller Probleme zu Lebzeiten Maria Theresias nur in einem begrenzten Ausmaß. Die Universität, die königlichen Akademien und Gymnasien unterrichteten gemäß den schon zuvor geänderten bzw. leicht überarbeiteten Lehrplänen, mit den vorhandenen ausgebildeten Pädagogen und den verfügbaren Lehrbüchern; anders stellte sich allerdings die Situation an den Volksschulen dar. Hier fehlten die obengenannten Komponenten, und es war faktisch die Aufgabe der Schulreform, eine Elementarbildung in das Schulsystem einzugliedern und sie (potentiell) der gesamten Bevölkerung zugänglich und zur Pflicht zu machen. Die Schulinspektoren und Schulbezirksleiter bemühten sich zwar sehr darum, daß wenigstens in den größeren Städten das festgelegte System der Unterrichtsgegenstände eingeführt, die vorgeschriebenen Schulbücher erarbeitet und verteilt wurden sowie darum, daß die Schulen ausreichend finanziell und materiell abgesichert wurden. Aber bis Ende des Jahres 1780 gelang es lediglich, einige Dutzend vorwiegend städtische Schulen nach diesem sog. Normalmuster zu reorganisieren. Gegenüber den Nichtkatholiken wurde kein schärferes Vorgehen angewandt: Inspektionen durch staatliche Repräsentanten der Schulverwaltung blieben an ihren Schulen eher die Ausnahme, die darüberhinaus vor ihrer Durchführung in den Zeitungen als bemerkenswertes Ereignis besonders angekündigt wurden¹². Schließlich erkannten aber einige evangelische Gymnasien und Pädagogen durchaus die Notwendigkeit, die Lehrpläne der Schulen zu ändern und betrachteten die *Ratio* deshalb bis zu einem gewissen Maß als positives Muster

¹¹ Valaszky, Paul: *Conspectus republicae litterariae in Hungaria*. 2. Aufl. Ofen 1808, 323–325. Der Text der Petition in der Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 429/6. Die Formulierung in der Petition machen die nicht strikt orthodoxe Herkunft der Autoren deutlich. Zu diesem Problem Kosáry: Müvelödés, 425–426. Über die Autorenschaft der Petition *Conventus Evangelicorum Prothocollum*, fol. 608. Hds. in der Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg.

¹² Preßburger Zeitung v. 1. 5. 1779.

für die Organisation der Lehrerausbildung sowie der Förderung des Elementarbildungswesens¹³.

Josef II. erwog nach seinem Regierungsantritt zunächst keinen neuen Vorstoß auf dem Gebiet der Schulverwaltung. Gleich in einer seiner ersten Anordnungen erklärte er die Geltung der *Ratio educationis*¹⁴, und bereits kurz darauf begannen die Vorbereitungen, um ihren Bestimmungen in der Praxis schneller zur Geltung zu verhelfen. Ein Signal hierfür war die Auswechslung von Personen auf einigen wichtigen Posten der Schulverwaltung¹⁵. Bis zur Veröffentlichung des Toleranzpatents wurden aber keine weiteren größeren Veränderungen vorgenommen. Gegen Ende des Jahres 1781 wandelte sich die Situation allerdings radikal – und sie wurde komplizierter: Einerseits räumte das Patent verhältnismäßig breite Möglichkeiten bei der Verwaltung nichtkatholischer Schulen ein¹⁶, andererseits aber wurde gerade zur selben Zeit das sog. *Proiectum Budense* abgenommen, das bereits 1778 ausgearbeitet worden war und eine Ergänzung der *Ratio educationis* darstellte. Es definierte exakt die Lehrinhalte für gleiche Volksschultypen; gleichzeitig war im Vergleich zur *Ratio* hier sehr viel strenger von der Einhaltung des Schulbesuchs auch von der Seite nichtkatholischer Schüler in den bestehenden staatlich kontrollierten Schulen die Rede¹⁷. Es wurde direkt ein Verfahren festgelegt, anhand dessen die Zahl der schulpflichtigen Kinder an einem bestimmten Ort festgestellt werden konnte. Schulen, die der staatlichen Aufsicht unterlagen (das waren bis dahin ausschließlich katholische), sollten zu öffentlichen Institutionen werden und im Zusammenhang damit unterschiedslos alle Einwohner die finanzielle Verantwortung für die Schulen übernehmen. Als Folge dessen waren die Nichtkatholiken, selbst wenn sie am Ort über eine eigene Schule verfügten, gezwungen, durch ihre allgemeinen Beiträge in die öffentliche Kasse de facto zum Unterhalt der katholischen Schule beizutragen, die sie überhaupt nicht in Anspruch

¹³ *Proiectum de regulandis Scholis Aug. Conf. Addictorum*. Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 485/2.

¹⁴ Staatliches Gebietsarchiv Preßburg, Fond AC-ŽBI, 1781, fasc. 3, Nr. 15. Darüber berichtete auch die Preßburger Zeitung v. 12. 5. 1781.

¹⁵ Eine entscheidende Rolle in diesem Prozeß sollte Johann Ignaz von Felbiger spielen, der von Josef II. eigens damit betraut wurde, das ungarische Volksschulwesen nach österreichischem Vorbild zu ordnen. Näheres bei K o w a l s k á, Eva: Johann Ignaz von Felbiger and the Hungarian Monarchy. *Studia historica slovacica* 19 (1995) 83.

¹⁶ Der Wortlaut des Toleranzpatents für Ungarn in B a r t o n, Peter F.: „Das“ Toleranzpatent von 1781. Edition der wichtigsten Fassungen. In: Im Zeichen der Toleranz. Aufsätze zur Toleranzgesetzgebung des 18. Jahrhunderts im Reiche Joseph II. Wien 1981, 152–202. Interpretationen des Toleranzpatents auch bei M á l y u s z, Elemér: A türelmi rendelet II. Józef és a magyar protestantismus [Das Toleranzpatent Josefs II. und der ungarische Protestantismus]. Budapest 1939, und neuer bei K o s á r y: Müvelődés 386–396.

¹⁷ Anordnungen vom 28. 12. 1781. *Proiectum Budense* wurde nicht wie vorher *Ratio educationis* in einer in sich geschlossenen Form veröffentlicht und stellte lediglich zusammenfassendes Material aus der Kommissionssitzung der Inspektoren dar. Trotzdem wurde es von den Organen der Schulverwaltung für den angekündigten zweiten Teil der *Ratio* gehalten und die Einhaltung seiner Grundsätze strikt gefordert. Magyar országos levéltár (im weiteren MOL) Budapest: C 69, Collectio B. Norm. Resolutionum, A 593, fol. 158–160. Das *Proiectum* legte für gleiche Schultypen verbindliche Stundenpläne fest. Ihre Sammlung befindet sich im Fonds C 69 (Departamentum scholarum nationalium) in MOL, verschiedene Signaturen.

nahmen¹⁸. Die Protestanten bekamen auch keine Garantien dafür, daß man sich ihren Kindern gegenüber tolerant verhalten würde, falls diese die katholischen Schulen besuchen würden. Das Toleranzpatent bezog sich nämlich auf die Angelegenheiten ausschließlich nichtkatholischer Schulen, regelte aber nicht die Umstände eines gemeinsamen Unterrichts von Schülern unterschiedlicher Konfessionen, den Gebrauch von Lehrbüchern, die Einsetzung und die Vollmachten von Lehrern und ähnliche Fragen¹⁹, die durch die Bestimmungen begleitende Anordnungen geregelt wurden²⁰.

Der diskriminierende Charakter des *Proiectum Budense* und die Tatsache, daß das Toleranzpatent die Frage der vollen Gleichberechtigung nichtkatholischer Konfessionen nicht löste, provozierten dieses Mal eine schärfere Reaktion der Protestanten. Sie waren sich bereits vor der Veröffentlichung des Toleranzpatents der Probleme bewußt, die im Hinblick auf die Gründung von Kirchen und Schulen, die Stolagebühren und die steuerliche Belastung entstehen würden und erwarteten deshalb Behinderungen seitens höchster staatlicher Organe²¹. Sofern sich die Pfarrer in den Gemeinden den Wortlaut des Patents noch vor seiner offiziellen Verkündung verschaffen konnten, verkündeten sie ihn ihren Gläubigen, um den gelegentlich angestellten Falschinterpretationen zuvorzukommen²². Das Vorgehen der Verwaltung gab ihnen Recht: In mehreren Bezirken wartete man mit der Veröffentlichung bis Februar oder März; gelegentlich wurden über seinen Inhalt bzw. sogar seine angebliche Widerrechtlichkeit heftige Diskussionen geführt²³. Aus diesem Grund kam zur der Zeit, als die Veröffentlichung des Patents im Gange war, der Generalkonvent der Protestanten beider Kirchen in Pest vom 2.–3. 2. 1782 zusammen. Die delegierten Vertreter mit Peter Zay und Nicolaus Beleznyai an der Spitze einigten sich während des Konvents darauf, dem Regenten ihren Dank und ihre Wertschätzung für den Erlaß des Patents auszudrücken, jedoch auch, deutlich darauf hinzuweisen, daß die Anwendung des Patents auf den Widerstand der lokalen politischen und kirchlichen Obrigkeit stieß. Zur selben

¹⁸ Die einzige Schule, an der es gelang, einen gemeinsamen Unterricht katholischer und nichtkatholischer Kinder im Geiste der *Ratio educationis* bereits vor 1781 einzuführen, war die Schule in Sv. Jur. Preßburger Zeitung v. 18. 2. 1778.

¹⁹ Der königliche Rater und Bibliothekar der Universität in Buda, Heinrich Bretschneider, würdigte die Situation eindeutig: „Man will nun gern die Protestanten hier unter das katholische, ungarische Studiensystem zwingen und das wäre schlimmer als Nontoleranz.“ Der Brief Bretschneiders an Friedrich Nicolai, Buda, 8. 4. 1782. In: Reise des Herrn von Bretschneider nach London und Paris nebst Auszügen aus seinen Briefen an Herrn Friedrich Nicolai. Hrsg. von L. F. G. von Göcking. Berlin-Stettin 1817, 291.

²⁰ Anordnung des Kgl. Statthalterrats vom 2. 5. 1777 Nr. 2146. MOL: C 69, Collectio A 593, fol. 253–254.

²¹ Zum Beispiel Pavol Jezowicz, evangelischer Pfarrer in Bytča, in seinem Brief an Michael Institoris-Mossóczy, 9. 12. 1781. Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. fasc. 347.

²² So verfuhr im Pester Bezirk zum Beispiel Baltazár Pongrácz. Brief an M. Institoris vom 17. 1. 1782. E b e n d a, fasc. 348.

²³ Einen kontroversen Verlauf nahmen besonders die Kongregationen in Pest und Zips, ohne Probleme verliefen dagegen die in Liptau. Die Briefe Jan Nisnyanskýs, Josef Benzcůrs, Pavel Schrameks und Štefan Zitkovszkýs an Michael Institoris vom 3. 2., 9. 2., 13. 2. und 18. 2. 1782. E b e n d a, fasc. 348. Eine Sammlung von Einwänden gegen das Toleranzpatent in Országos Széchényi könyvtár (im weiteren OSK), Handschriftenabteilung, Fol. lat. 1995/III.

Zeit begannen sie mit den Vorbereitungen für eine Informationskampagne in ganz Ungarn, die den Wortlaut des Patents erklären sollte und die die Unabhängigkeit des Beschlusses des Wiener Hofes vom Willen anderer Institutionen betonte. Einer der Hauptpunkte des Programms war freilich die Beratung über Schulfragen²⁴.

Die lutherischen Protestanten hatten ihr Vorgehen in dieser Richtung bereits vorbereitet. Sie unterbreiteten ihre *Considerationes quoad Rationem Educationis*, damit dadurch auch die Calvinisten ihre Position zu der Absicht, „auch bei religiösen Fragen Einheit zu erlangen“, darlegen konnten. Deshalb sollte das gesamte Schriftstück aktualisiert und von allen Superintendenten beurteilt werden. Bemerkungen und Einwände der Calvinisten sollten Gedeon Ráday und Stefan Vay gemeinsam mit den Lutheranern Gabriel Prónay und Thomas Tihanyi einarbeiten. Die Pädagogen, die in der Praxis tätig waren, sollten von Ludwig Domokos und Jozef Benczúr vertreten werden. Die Ausarbeitung des endgültigen Wortlautes ging schnell vonstatten, denn bereits einen Monat später, bei der anberaumten Beratung von Repräsentanten der staatlichen Schulverwaltung mit Vertretern der Nichtkatholiken, stellte die Schrift den offiziellen Standpunkt der Protestanten dar²⁵.

Die *Considerationes* lehnten sich an die Struktur der *Ratio* an und polemisierten gegen einige ihrer umstrittenen Bestimmungen; ihr gesamter Wortlaut war freilich wiederum nicht konfrontativ gehalten und deutete an, daß die *Ratio educationis* sich in einigen Punkten durchaus auch im protestantischen Schulwesen anwenden lassen würde (Reform des Gymnasialbildung, Gründung einer evangelischen Akademie in Preßburg oder Prešov, Erweiterung des Elementarbildungswesens). Die Klassifizierung der Schulen nach einheitlichen Typen gemäß den Kriterien der *Ratio* wurde akzeptiert; im Fall der Volksschulen schließlich mit der Bemerkung, daß es sich dabei um das den Nichtkatholiken längst bekannte Berliner Modell handelte. Die Protestanten waren schließlich bereit, die Stundenpläne, die disziplinarischen Vorschriften und einige Lehrbücher zu übernehmen, damit sich der Abstand zwischen ihren und den katholischen Schulen nicht vergrößerte. Aus diesem Grund sprachen sie sich auch zugunsten einer Annäherung der Lehrinhalte im gesamten Staat aus, freilich unter der Voraussetzung, daß die Freiheit bei der Wahl derjenigen Unterrichtsgegenstände, Lehrbücher u. ä. bewahrt bliebe, die einen direkten Bezug zu religiösen Fragen hatten.

Die größte Besorgnis bereitete die Absicht, nichtkatholische Schulen der Aufsicht durch Leiter und Schulbezirksinspektoren zu unterwerfen, die allesamt Katholiken und größtenteils sogar Geistliche waren. Denn die Erfahrungen mit der Durchführung kanonischer Visitationen in nichtkatholischen Kirchengemeinden hatten gezeigt, daß die offiziell festgelegten Vollmachten in der Praxis oft auf eine unnachgiebige Art überschritten wurden. Deshalb wurde in den *Considerationes* präzise erläutert, auf welche Weise die staatliche Schulverwaltung mit dem Prinzip der schulischen Autonomie der Protestanten in Einklang gebracht werden konnte. Die *Considerationes* forderten, protestantische Schulleiter und Inspektoren für Volksschulen in

²⁴ Die Akten des Generalkonvents der Lutheraner und Calvinisten zum Schulwesen: OSK, Handschriftenabt., Fol. lat. 2059/III, fol. 96–98. Die Übersetzung der Huldigung und der Beschwerde in OEL, AGE, Ib 5, N^o. 8.

²⁵ Abschrift in der Bibliothek des evangelischen Lyzeums in Preßburg, Hds. 654/4.

allen Superintendenturen zu bestimmen, die direkt mit den politischen Organen in Kontakt stehen und dabei aber Berater der bereits ernannten Inspektoren und Schulbezirksleiter sein sollten. Ihr Status als staatliche Beamte sollte sowohl durch die Verleihung des Ranges eines staatlichen Beamten als auch durch finanzielle Zuwendung aus der Staatskasse bekräftigt werden. Als (billigere) Alternative wurde die Möglichkeit direkter Konsultationen der kirchlichen Konsistorien mit der Schulkommission des Königlichen Statthalterrates (im folgenden KSR) vorgeschlagen²⁶.

Auf dem ersten, auf den 1. März 1782 festgelegten Treffen der Protestanten mit den Repräsentanten der staatlichen Schulverwaltung sollten Fragen des Volksschulwesens behandelt werden, bei dem sich bereits Möglichkeiten einer Annäherung der Standpunkte abzeichneten²⁷. Schon das vorgeschlagene Programm (es sollte über drei verschiedene Pläne beraten werden, wie bei der Erweiterung des Netzes staatlicher Volksschulen vorzugehen sein würde) deutete freilich an, daß a priori mit der Eingliederung der nichtkatholischen Schulen in das staatliche Schulsystem gerechnet wurde. Die Protestanten sollten sich lediglich dazu äußern, ob die unterbreiteten Vorschläge den Grundsätzen der religiösen Toleranz entsprachen und gegebenenfalls auch dazu, was am Inhalt der einzelnen Unterrichtsgegenstände, Lehrbücher oder methodischen Handbücher zu ändern sei²⁸. Auch die geplante Zusammensetzung der Kommission war unausgeglichen: Die katholischen Kommissionsmitglieder, Nicolaus Skerlec, Referent des KSR, Johann Ignaz von Felbiger, der mit der obersten Aufsicht über die Durchführung der Schulreform in Ungarn betraut war, Ferdinand Kiegler²⁹, der damals Leiter des Waisenhauses in Senec war, sowie die Kanoniker Mandics, Erdélyi und Schober, die auch in der Schulverwaltung tätig waren, sollten als Verhandlungspartner ursprünglich nur drei bis vier Vertreter aus den Reihen der lutherischen und kalvinistischen Pädagogen haben³⁰. Deshalb endete bereits das einleitende Treffen (unter Beteiligung einer Mehrzahl der nichtkatholischen Delegierten) de facto mit einem Fiasko³¹.

²⁶ Mit diesem Plan der *Considerationes* stimmt der anonyme Vorschlag zur Reorganisation der Kirchenverwaltung der evangelisch-lutherischen Kirche in Ungarn überein, demzufolge zwar der gesamte Bereich des Schulwesens unter das oberste Konsistorium fallen, die direkte Aufsicht aber dem Generaldirektor der evangelischen Schulen obliegen sollte. Die undatierte Schrift *Principa generalia coordinationis tam disciplinaris directionis [...] ecclesiae Evangelicae Aug. confessionis in Hungaria*. Preßburg, Bibliothek des evangelischen Lyzeums, Hds. 391/2.

²⁷ Die Vorbereitungen für die Beratung begannen bereits im November 1781, aber erst der Vertraute des Statthalterrates legte am 4. 2. 1782 das Datum des Treffens endgültig auf den 1. 3. 1782 fest.

²⁸ *Protocollum commissionis ad cocertandam finaliter methodicam Scholarum Nationalium [...] subdelegata*. EOL, AGE, Ib 7, N^o. 6.

²⁹ Die Biographie Kieglers vgl. bei Kunitich, Michael: Biographien merkwürdiger Männer aus Österreich. Bd. 3. Graz 1805, 46–75.

³⁰ Der Leiter des Preßburger Schulbezirks F. Balassa wandte sich bei der Vorbereitung der Beratung nur an die Inspektoren der Preßburger und Debrecener lutherischen und reformierten Kirchen. EOL, AGE, Ib 6, N^o. 3.

³¹ Nach der Intervention des evangelisch-lutherischen Unterhändlers, Juraj Nisnyanzský, nahmen an den Beratungen für die Lutheraner Jozef Benczúr, Gabriel Prónay, Samuel Tešedík, für die Calvinisten Stefan Hatványi und Gedeon Ráday teil. Brief J. Nisnyanzskýs an Institoris-Mossóczy vom 2. 3. 1782. Preßburg, Bibliothek des evangelischen Lyzeums, Hds. fasc. 348.

Einige protestantische Delegierten hatten ihre Standpunkte bereits vor der Aufnahme der Arbeit der Kommission formuliert; im Verlauf der Beratungen wählten sie eine Vorgehensweise, die es ihnen vor allem ermöglichte, Zeit für weitere Manöver zu gewinnen. Sie wiesen auf den Ernst und die Tragweite der zu behandelnden Problematik hin und verkündeten, daß sie als Vertreter nur zweier kirchlicher Gemeinschaften nicht die Berechtigung hätten, über Dinge zu entscheiden, die die gesamte Kirche betreffen³². Deshalb forderten sie aus taktischen Gründen die Möglichkeit, die Grundlagen der staatlichen Schulpolitik gründlich analysieren zu können. Der daraufhin genehmigte Aufschub um einen Monat verzögerte die Lösung der Frage nach der Form des Schulwesens um einige Jahre. Während dieser Zeit entschieden die Protestanten definitiv, daß sie die Festlegung einer Autonomie in der Schulverwaltung, die Rückgabe konfiszierter Fonds und die Unterstützung protestantischer Schulen aus öffentlichen Mitteln sowie die Erlaubnis, fehlende Lehrbücher aus dem Ausland einführen zu können, fordern würden³³. Von der Kommission verlangten sie die Berücksichtigung dieser Forderungen im offiziellen Beratungsplan; gleichzeitig legten sie sie auch bei einer Audienz direkt dem Regenten vor. Als Folge wurde ein Aufschub um ein Jahr gewährt, während dessen die Kommission beim KSR nicht in Fragen des nichtkatholischen Schulwesens eingreifen durfte und die Protestanten eine offizielle Stellungnahme dazu ausarbeiten sollten, was den Prinzipien und Gesetzen nicht-katholischer Konfessionen widersprach, der Entwicklung ihres Schulwesens schadete und die öffentliche Ordnung stören könnte³⁴.

Die Beratung in Hinsicht auf das weitere Vorgehen fand in Preßburg am 9. Mai 1782 unter der Leitung Gabriel Prónays statt, der sich den größten Einfluß in Fragen des Schulwesens verschafft hatte³⁵. Während der Beratung einigte man sich darauf, daß Josef Benczúr und István Mihályfalvay als Beobachter an den Sitzungen der Schulkommission des KSR teilnehmen und ständig über deren Beratungen Bericht erstatten sollten. Prónay legte ein Verzeichnis von Lehrbüchern vor, die an staatlich geführten Volks- und Lateinschulen in Gebrauch waren und die im Hinblick auf ihre religiöse Unbedenklichkeit und methodische Anwendbarkeit beurteilt werden sollten, und schlug die Gutachter für diese Aufgabe vor³⁶. Zum ersten Mal schritt man auch zur Ausarbeitung einzelner Fragen in bezug auf alles protestantischen Schulen in Ungarn

³² Felbiger, Johann Ignaz: Anekdoten zur Geschichte des Angriffs und der Vertheidigung der Normalschulen in den kaiserlich-königlichen Staaten. Frankfurt und Leipzig 1784, 15. Ähnlich auch *Chronicon eccl. part.*, Preßburg. Bibliothek des evangelisch-lutherischen Gymnasiums, fol. 318.

³³ *Instructio pro Dominis in negotio Scholarum [...] deputis data* vom 18. 3. 1782. OEL, AGE, Ib 5, N^o. 14.

³⁴ Anordnung Nr. 2041 vom 26. 4. 1782. MOL, C 69, 1786, Distr. Cass., fons 1, pos. 37, fol. 80–81.

³⁵ An der Beratung nahmen für die evangelisch-lutherische Kirche Ferdinand Karner, Michal Gombos, Jozef Stettner, Josef Benczúr, Ján Ribinyi, Samuel Tešedík und Juraj Stretsko teil; für die evangelisch-reformierte Kirche Stefan Vay, István Mihályfalvay, Jozef Hrabovszky und Matthias Ráth. OSzK, Handschriftenabt., fol. lat. 2059/II, fol. 133–135.

³⁶ Alle in ungarischer Sprache verfaßten Lehrbücher sollten von den Calvinisten beurteilt werden, die slowakischen vom Superintendenten des Bergdistrikts, Ján Csernyanszky.

anhand eines einheitlichen Fragebogens. So sollte die „Kompatibilität“ protestantischer und katholischer Schulen festgestellt werden.

Die Zustimmung zu einem Aufschub um ein Jahr schuf für die Nichtkatholiken einen Spielraum für die Vorbereitung einer durchdachten Kampagne, die gegen die etablierte Form des staatlichen Schulwesens gerichtet war. Die Ziele der Kampagne beschränkten sich letztlich allerdings nicht nur darauf, Sicherheiten zu erreichen, die lediglich die Diskriminierung der Protestanten im Rahmen des staatlichen Schulsystems verhindern sollten. In den Vordergrund trat vielmehr das Bestreben, dem Autonomieverlust entgegenzuwirken und die Verwirklichung der Absicht jedweder Einmischung in den Prozeß der Lehre, ihrer Führung oder Gewährleistung zu verhindern. Dieses Ziel reichte über den Rahmen der Schulpolitik hinaus und nahm breitere politische Dimensionen an.

Der erste Schritt war die Erarbeitung kritischer Stellungnahmen zur Revision der Lehrbücher. Die Arbeit der Gutachter wurde dadurch erleichtert, daß zur selben Zeit bereits ein umfassendes Werk über Lehrbücher für Normalschulen in der habsburgischen Monarchie in Vorbereitung war³⁷. Die auffällig passende rechtzeitige Publikation der vernichtenden Kritik an den Lehrbüchern kurz vor dem erneuten Zusammentreffen der (konfessionell) gemischten Schulkommission, die Popularisierung des Buches durch ausländische Buchkataloge noch vor seiner Veröffentlichung (und kurz nach dem Besuch F. Nicolais in Wien und Preßburg)³⁸ sowie der exklusive Verkauf durch Preßburger Buchhändler führten letztlich zu Mutmaßungen darüber, daß der Autor des anonymen Werkes in den Reihen der Professoren des Preßburger evangelischen Gymnasiums zu suchen war³⁹. Ein weiteres Dokument, das die ablehnende Haltung der Protestanten gegenüber dem staatlichen Bestreben, die Arbeit der protestantischen Schulen zu kontrollieren, begründete, bereitete die Kommission weltlicher Schulinspektoren und der Superintendenten beider evangelischer Kirchen vor⁴⁰.

Im Unterschied zu den vorangegangenen Schriften brachten die *Reflexiones* eine eindeutige und ausgesprochen negative Haltung gegenüber dem staatlichen Schulsystem zum Ausdruck. Ziel der Schrift war es, diejenigen Aspekte zu erläutern, die

³⁷ Freymüthige Beurtheilung der österreichischen Normalschulen und aller zum Behuf derselben gedruckten Schulschriften. Berlin-Stettin 1783. Felbinger wußte von ihrer Vorbereitung bereits seit dem 13. 1. 1782. Brief Felbigers an Friedrich Nicolai, Preßburg, 16. 1. 1782. Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Berlin, Handschriftenabt., F. Nicolai Briefwechsel, N^o. 21.

³⁸ Nicolai, Friedrich: Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz im Jahre 1781, nebst Bemerkungen über Gelehrsamkeit, Industrie, Religion und Sitten. Bd. 6. Kleine Nebenreise nach Ungarn. Berlin 1785, 382–387. Nicolai spricht hier bereits als jemand, der in den Streit der ungarischen Protestanten mit der Schulleitung eingeweiht war. Über die Normalschulen in Wien d e r s . : Beschreibung 4. Berlin 1784, 645–671.

³⁹ Von ihnen engagierten sich bei der Revision der Lehrbücher Rektor Juraj Stretsko, Štefan Šábel und Ján Matej Korabinský. Über die Autorenschaft der Schrift auch Felbinger: Anekdoten 20.

⁴⁰ *Reflexiones* [...] *quoad latinas et nationales scholas nostras, adaptibile foret* [...]. MOL, C 69, 1786, Distr. Cass., fons 1, post. 37, fol. 86–133.

direkt den Gesetzen und der Freiheit der protestantischen Kirchen widersprachen sowie der Entwicklung ihrer Schulen – und letztlich auch der öffentlichen Ordnung (statui publico) – zuwiderliefen. Die Grundlage der Argumentation glich de facto der der Befürworter einer einheitlichen Leitung des Schulsystems: Die Schule sei nicht nur eine „Keimzelle der Kirche“, sondern auch des Staates und müsse gemäß der Interessen der bürgerlichen Gemeinschaft geführt werden. Das Wichtigste sei das Erreichen des öffentlichen Wohls, wobei zu dessen Grundvoraussetzungen auch die Zufriedenheit der Bürger mit den religiösen Verhältnissen gehöre⁴¹. Die Argumentation gegen eine forcierte Nutzung der bestehenden katholischen Schulen durch nichtkatholische Schüler orientierte sich aber nicht mehr nur an sachlichen und rechtlichen Argumenten, wie im Fall der vorangegangenen Beschwerden, sondern lehnte sich vielmehr an pädagogischen Begründungen an. Gemäß den *Reflexiones* war es den Eltern in keinem Fall möglich, sich von der Zweckmäßigkeit katholischer Schulen zu überzeugen, an denen ihre Kinder zwar eine Ausbildung, aber keine Erziehung erhalten konnten. Wissen ohne religiöse Bildung, den Mittler der Erziehung, führe nämlich lediglich zu Indifferenz und Ignoranz in religiösen Fragen. Dies sollte der Staat freilich schon im eigenen Interesse nicht zulassen. Da die Kinder obendrein mit ihrer Grundausbildung, die sie in den katholischen Schulen erhielten, nur unter Schwierigkeiten die Aufnahme in höhere nichtkatholische Schulen erreichten, sollten sich die schulischen Organe nicht darüber wundern, daß die Eltern ihre Kinder lieber zu Hause in Unwissenheit beließen⁴².

Als einer der Hauptstreitpunkte wurde in den *Reflexiones* die ungelöste Frage der Schulbücher erachtet. In diesem Fall ging es freilich nicht um eine komplexe Analyse der Bücher selbst, sondern um eine Beurteilung derjenigen Bestrebungen, die nach Ansicht der Autoren der *Reflexiones* der Durchsetzung gemeinsamer Lehrbücher folgten. Der Grundsatz, daß religiöse Freiheit und „die Erweiterung der Grenzen menschlichen Wissens und die Durchdringung des Denkens mit dem rechten Licht“ nicht ohne eine freie Auswahl von Lehrbüchern gewährleistet werden könne, werde durch Anordnungen darüber beschränkt, daß jedes Lehrbuch bei der Zensur der Universitätsdruckerei vorzulegen war. Die Nichtkatholiken vermuteten dahinter den Gedanken, durch Lehrbücher mit „weltlichen“ Inhalten möglichst viele nichtkatholische Autoren von den Schulen zu entfernen. Auch in diesen Inhalten berühre vieles aus dem Unterrichtsstoff direkt oder indirekt das Verständnis der Religion und ihrer Freiheit. Deshalb solle man zum Beispiel die Behandlung von umstrittenen Beispielen aus der katholischen Dogmatik in den Gymnasiallehrbüchern, Grundlagen des Naturrechts, der Theologie, Ontologie usw. nicht unterschätzen⁴³.

Die Aufzählung dessen, was im nichtkatholischen Schulwesen seit langem auf anderen Grundlagen als im katholischen basierte, enthielt auch die Aufnahme von Schülern in höhere Schulen. Es wurden mehrere Einwände gegen die Beschränkungen des Studiums von Kindern aus niedrigen sozialen Schichten ausgesprochen, wie es im *Proiectum Budense* bevorzugt wurde. Des weiteren wandte man sich gegen die Verringerung

⁴¹ Ebenda, fol. 88, 90.

⁴² Ebenda, fol. 93–95.

⁴³ Ebenda, fol. 91–92, 97.

der Anzahl mittlerer und höherer Schulen⁴⁴. Dieses Prinzip konnte aus zweierlei Gründen nicht akzeptiert werden: Einerseits im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung der nichtkatholischen Intelligenz, besonders der Pfarrer und Lehrer, andererseits deshalb, weil die Schüler das im *Proiectum* verlangte besondere Talent, Fleiß, eine Neigung zu den Wissenschaften sowie eine makellose Lebensführung nicht schon an der Volksschule, sondern nur an einer höheren Schule ausbildeten. Der Staat könne letztlich einen ernsthaften Schaden erleiden, wenn nur solche Schüler zum Studium gelangten, denen es zwar ihre Herkunft erlaube, die aber nur mit einer Mittelmäßigkeit begabt seien. Es entspreche auch nicht der Wahrheit, daß der Staat anderenfalls von einem Überschuß an Akademikern überschwemmt würde, die ihm zur Last fallen würden, wie einige Mitautoren der staatlichen Schulreformen vermuteten. Am besten sei doch ein Schulsystem, das sich auf eine große Zahl Gebildeter stützen könne, ohne die ein Staat letztlich seine Ziele nicht erreichen könne – denn es sei nur möglich, aus einer *größeren* Zahl eine verantwortungsvolle Auswahl zu treffen. Kinder aus den Dörfern und den Städten seien im Gegensatz zu den übrigen im Studium fleißiger und zielbewußter. Deshalb ließe sich letztlich, so unvermeidlich es auch sei, die Zahl der Volks- und grammatischen Schulen zu erhöhen (also Schulen des niedrigeren Typs), eine Verbesserung der allgemeinen Sitten nur durch die unmittelbare Umgebung erreichen, indem man ausreichend Gelegenheit zum Lesen der besten Bücher und zum Studium der Philosophie biete⁴⁵. Man unterstrich freilich, daß dieses Ziel am besten dadurch erreicht werden könne, wenn die Kenntnisse in der Muttersprache vermittelt würden, die zu Hause gesprochen wurde.

Weitere Punkte der *Reflexiones* widmeten sich Fragen der Neuordnung der Lehre und der Methodik⁴⁶. Man sprach sich sehr skeptisch gegenüber der „normalen“ Lehrmethode und fast ebenso kritisch wie die anonyme *Beurteilung* aus. Die von Johann Friedrich Hähn entwickelte Methode, die fast bis zur „Kunst“ perfektioniert worden war, wurde an nichtkatholischen Schulen bereits nicht mehr angewandt. Mit ihr sei es zwar möglich, die Vorstellungskraft und das Erinnerungsvermögen der Schüler zu fördern; sie lasse sich aber nur mit Schwierigkeiten bei der Wissensvermittlung anwenden. Das strenge Verweisen auf Details und künstlich konstruierte Schemata lenkten die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Unterrichtsgegenständen ab und entwickelten bei den Kindern keine intellektuellen Fähigkeiten. Einige Verfahren berücksichtigten nicht die individuellen Fähigkeiten der Schüler. In den *Reflexiones* wurde auch die Publikation der angekündigten überarbeiteten methodischen Anleitung für Lehrer gefordert, die das Methodenbuch Felbigers ersetzen sollte. Die außerordentlich fun-

⁴⁴ Zum Problem einer zahlenmäßigen Begrenzung der höheren Schulen vgl. W a n g e r m a n n, Ernst: Aufklärung und staatsbürgerliche Erziehung. Gottfried van Swieten als Reformator des österreichischen Unterrichtswesens 1781–1791. Wien 1978, 19–22. – K l i n g e n s t e i n, Grete: Akademikerüberschuß als soziales Problem im aufgeklärten Absolutismus. Bemerkungen über eine Rede Joseph von Sonnenfels' aus dem Jahre 1771. In: Bildung, Politik und Gesellschaft. Hrsg. von Grete Klingenstein, Heinrich Lutz und Gerald Stourzh. München 1978, 165–204.

⁴⁵ *Reflexiones*, fol. 98–99. In diesem Punkt einigten sie sich mit G. van Swieten. W a n g e r m a n n: Aufklärung 68–71.

⁴⁶ *Reflexiones*, fol. 103–105.

dierte Argumentation läßt vermuten, daß die Grundsätze nicht nur von praktizierenden Pädagogen vorbereitet wurden, sondern auch von Leuten, die die zeitgenössische pädagogische Theorie kannten. Zu Beginn der achtziger Jahre traf dies vor allem auf Ján Matej Korabinský zu, der seine Erkenntnisse der pädagogischen Theorie auch in der Preßburger Zeitung veröffentlichte.

Die endgültige Form der *Reflexiones* wurde zu Beginn des Jahres 1783 vollendet. Die Autoren waren freilich der Hauptaufgabe ausgewichen, die ihnen ursprünglich gestellt worden war, nämlich Maßnahmen vorzuschlagen, die zur Entwicklung der protestantischen Schulen, freilich im Rahmen des beabsichtigten einheitlichen Schulsystems, beitragen sollten. Kurz darauf (am 21. 2. 1783) folgte die eindringliche Aufforderung der Hofkanzlei für Ungarn und Siebenbürgen, daß man dieser Pflicht doch unverzüglich nachkommen sollte. Im neuen umfangreichen Material⁴⁷ wurden deshalb knapp die Hauptargumente der *Reflexiones* zusammengefaßt und um konkrete Beispiele dessen ergänzt, wie in der Praxis gegenüber den protestantischen Schulen vorgegangen wurde und die Prinzipien der Toleranz verletzt wurden⁴⁸. Um dem vorzubeugen, wurde die Einrichtung einer Kommission vorgeschlagen, die die Einhaltung des Toleranzpatents und die Einsetzung besonderer Inspektoren für nichtkatholische Schulen verfolgen sollte. Auf keinen Fall sollte aber zugelassen werden, daß die Grundsätze einer einheitlichen Schulleitung im gesamten Bereich des Schulwesens angewandt wurden. Die Glaubensfreiheit ohne eine Freiheit des Schulwesens gliche, so wurde im Schlußkapitel angeführt, einem Haus ohne Fundamente.

Da sich die Einberufung einer neuen Verhandlungsrunde verzögerte, wandten sich die Protestanten mit der Ausarbeitung ihrer Stellungnahmen erneut direkt an Josef II. Dieser sagte ihnen bei einer Audienz am 6. August 1783 gewisse Erleichterungen zu (zum Beispiel die freie Wahl der Verfasser von Lehrbüchern), verweigerte jedoch Zugeständnisse bei der Frage einer einheitlichen Schulverwaltung. Er gestattete lediglich die Einsetzung der Leiter nur einiger Schulbezirke aus den Reihen der Protestanten, damit die Einwände gegen die einheitliche Schulleitung schneller aus dem Weg geräumt werden konnten⁴⁹. Diese für die Protestanten unangenehme Entscheidung milderte er durch die Zusage, bei der Frage der Genehmigung von Gottesdiensten, der Bildung neuer Kirchengemeinden und der Gründung neuer Pfarreien über den Rahmen des Toleranzpatents hinauszugehen. Die Protestanten gingen so zum ersten Mal mit der klar definierten Absicht des Regenten konform, Fragen des Schulwesens von solchen der Kirche zu trennen und die Bildungsfunktion der Schule über die Erziehungsfunktion zu stellen. Das Ignorieren der traditionellen Schulautonomie der Protestanten verfolgte gleichzeitig das Ziel, diejenigen Hindernisse zu beseitigen, die sich den zentralistischen Tendenzen Josefs II. gerade durch den Erlass des Toleranzpatents in den Weg stellten: Auf seiner Grundlage beanspruchten die Protestanten nämlich einen gewissermaßen exklusiven Platz in der gesellschaftlichen Struktur, was sich im Zusammenhang der Schulfrage gerade am Kampf um die volle Autonomie im Bildungswesen zeigte.

⁴⁷ MOL, C 69, 1786, Dist. Cass., fons 1, pos. 37, fol. 112–123.

⁴⁸ E b e n d a, fol. 115.

⁴⁹ Gabriel Prónay in einem Brief an den Generalinspektor der evangelisch-lutherischen Kirche, Peter Zay, vom 7. 8. 1783. EOL, AGE, Ib 11, N^o. 5.

Die von den Protestanten im Hinblick auf den Gedanken einer einheitlichen Leitung der Schulen angeführten Position beschleunigten deutlich die Annahme der Änderung in der Organisation der obersten Schulverwaltung in Ungarn. Die Schulkommission des Statthalterrates wurde gerade 1783 zur „Filiale“ der Studienhofkommission⁵⁰, und das Recht, an den Beratungen teilzunehmen und entsprechende Entscheidungen zu treffen, erhielt Gottfried van Swieten – Anhänger des Gedankens einer konsequenten Verstaatlichung des Schulwesens⁵¹. Van Swieten sah im Geiste eines rationalen Glaubens und der Staatsrechtslehre der Aufklärung auch in der Religionserziehung der Bevölkerung nicht ein Ziel, sondern ein Mittel, ein Hilfsmittel, das man mit dem Zweck des Staates füllen kann – das allgemeine Wohl seiner Bürger zu schaffen. Da die allgemeine Bildung für alle identisch sei und der Schwerpunkt der religiösen Bildung in den Bereich der Ethik verlagert werden müsse, sollte nichts einer gemeinsamen Ausbildung aller Kinder ohne Glaubensunterschied entgegenstehen – allein der spezifische Katechismus sollte nach Konfessionen getrennt unterrichtet werden. So entstand die Idee gemischter Schulen, die bereits über die Grenzen hinausging, die im Toleranzpatent markiert worden waren⁵².

Die veränderte Haltung gegenüber den Protestanten kam in der Art zum Ausdruck, in der über die Dokumente beraten wurde, die die Begründungen ihrer Standpunkte enthielten. Die Studienhofkommission beeilte sich nicht mit der Festsetzung eines neuen Beratungstermins: Die Einladung wurde dem Vertreter der Protestanten erst am 1. Dezember 1784, fast ein Jahr nach der Ausarbeitung der angeforderten Dokumente, ausgehändigt. Nur noch vier Delegierte konnten sie verteidigen (G. Prónaj, Adam Podkonický, Ludwig Domokos, Stefan Hatvány), deren Verhandlungspartner die einflußreichsten Befürworter einer Verstaatlichung des Schulsystems und einer Zentralisierung der Monarchie waren – neben van Swieten Josef Ürményi, Josef Izdenczy und Ferdinand Scultéty⁵³. Den Protestanten wurde während der Beratungen fast kein Raum für ausführliche Argumentationen über die Grundsätze des einheitlichen Schulwesens eingeräumt, ihre schriftlichen Stellungnahmen wurden nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen sollten sie sich unmittelbar in den Sitzungen mündlich über das Projekt der Neuordnung des Schulwesens in Ungarn äußern, das von Gottfried van Swieten vorgetragen wurde⁵⁴. Die Regie der Schlußsitzung lag völlig in dessen Händen.

⁵⁰ Csóka, Lajos: Der erste Zeitabschnitt staatlicher Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens in Ungarn (1760–1791). In: *A bécsi Magyar történeti intézet évkönyve 1939*, 95–96.

⁵¹ Wangermann: Aufklärung 44–50. – Benda, Kálmán: Gerard und Gottfried van Swieten und die Schulreform in Ungarn. In: Gerard van Swieten und seine Zeit. Hrsg. von Erna Lesky und Adam Wandruszka. Wien 1973, 169–170.

⁵² Näheres bei Kowalská, Eva: *Kontroverzná tolerancia: Protestanti a školské reformy osvieteniského obdobia* [Kontroverse Toleranz: Die Protestanten und die Schulreformen der Aufklärungszeit]. *Historické štúdie* 34 (1993) 65.

⁵³ Die Beratungen begannen am 27. 12. 1784. MOL: C 69, 1786, Dist. Cass., fons 1. pos. 37, fol. 124.

⁵⁴ Das Sitzungsprotokoll der Studienhofkommission, unterzeichnet von G. von Swieten, MOL, C 69, 1785, Distr. Pos., fons 1, pos. 5, fol. 1–30. Eine Analyse des Dokuments bei Kowalská: *Kontroverzná tolerancia* 66–67.

Das unnachgiebige Beharren auf dem Prinzip der völligen schulischen Autonomie führte zu einer Veränderung im Verhältnis zwischen Josef II. und den Protestanten. Inzwischen hatte es von Beginn an auch in der Öffentlichkeit Einwände gegen die Bevorzugung der Protestanten zum Nachteil der katholischen Kirche gegeben⁵⁵, Mitte der achtziger Jahre überwogen dann bereits wechselseitige Spannungen⁵⁶. Die Protestanten beruhigte das vereinfachte Vorgehen bei der Gründung neuer Volksschulen ebensowenig wie die Einsetzung von Protestanten in höchste Positionen in der Schulverwaltung, obwohl diese Haltung inzwischen zur Zielscheibe auch für Kritik aus den eigenen Reihen geworden war⁵⁷. Die spätere Bevorzugung sog. gemischter Schulen erhöhte zusätzlich die Unzufriedenheit mit der Lösung der Schulfrage, was die ungarischen Protestanten schließlich auf die Ebene der politischen Opposition gegen Josef II. manövierte.

Übersetzt von Eva Tenzer

⁵⁵ Das äußerte kurz vor seinem Tod zum Beispiel Felbiger offen in einem an Joseph II. adressierten Bittschreiben. Slowakisches Staatsarchiv, Preßburg, Fonds Bratislavská kapitula, Privatarchiv, secretarius-acta, XI, 1788, N^o. 2, fol. 10.

⁵⁶ (Anon.) Politisch-kirchliches Manch Hermaeon von den Reformen Kayser Josephs überhaupt vorzüglich in Ungarn, 11–13.

⁵⁷ K o v á c s, Johann Emericus: Freimüthige Betrachtungen über verschiedene Gegenstände aus dem heutigen Luthertum in Ungarn. Wien 1783, 39–40.